

Antrag

des Abg. Nicolas Fink u. a. SPD

Einführung eines Lebensarbeitszeitkontos für den öffentlichen Dienst des Landes

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Pläne sie zur Einführung eines sogenannten Lebensarbeitszeitkontos verfolgt;
2. was Gegenstand des sogenannten „BW-Modell“ für das Lebensarbeitszeitkonto ist;
3. welche Personengruppen des öffentlichen Dienstes des Landes zu welchem Zeitpunkt davon wie profitieren sollen (ggf. differenziert nach Laufbahn, Beruf, Tätigkeitsfeld);
4. welche Vorbereitungen, rechtliche wie praktische, dazu bereits getroffen wurden bzw. welche noch zu treffen sind;
5. welche Rückmeldung sie dazu von den Personalvertretungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst eingeholt und erhalten hat;
6. wie ein solches Lebensarbeitszeitkonto zu administrieren sein wird (ggf. differenziert nach Laufbahn, Beruf und Tätigkeitsfeld);
7. über welchen Zeitraum hinweg Mehrarbeitszeiten angespart und abgebaut werden können;
8. zu welchem Zeitpunkt die angesparten Zeiten in Anspruch genommen werden können, insbesondere unter Darstellung, ob eine Inanspruchnahme auch unterjährig oder erst zum Laufbahnende erfolgen kann;
9. welche Elemente der Mehrarbeitsvergütung oder des Mehrarbeitsentgelts damit verbunden sein werden;
10. mit welchen Kosten sie für diese Maßnahme rechnet, unter Darstellung, welche Kalkulation dieser Annahme zugrunde liegt;
11. für welchen Zeitpunkt die Landesregierung das Inkrafttreten einer solche Regelung plant.

10.6.2025

Fink, Cuny, Rivoir, Dr. Fulst-Blei, Steinhülb-Joos SPD

Begründung

Spätestens mit dem Koalitionsvertrag der Regierungsfractionen aus dem Jahr 2021 ist das Lebensarbeitszeitkonto für den öffentlichen Dienst des Landes Gegenstand der landespolitischen Debatte. Im Frühjahr 2022 wurde der erste Entwurf dieser Initiative für den Sommer und deren Verabschiedung noch vor Jahresfrist 2022 angekündigt. Der aktuellen Berichterstattung zum Thema ist nunmehr zu entnehmen, dass die Landesregierung vier Jahre nach ihrer Ankündigung einen entsprechenden Gesetzentwurf einbringen möchte.